



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-17_30

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-17_30

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

33541c-1730

EINLEITUNGS-SPEECH ZUM TEACH-IN VOM 1. JUNI 1968:

Zürcherinnen und Zürcher,

Mit Ihrer Anwesenheit hier, im Hof der ETH bekunden Sie Ihre Solidarität mit dem Kampf der französischen Arbeiter und Studenten für eine wirklich demokratische Gesellschaft. Die FSZ ist der Ansicht, dass das Wort "Demokratie" solange eine inhaltlose Floskel bleibt, als es nicht gelingt, das Selbstbestimmungsprinzip am Arbeitsplatz durchzusetzen. Das heisst konkret: WER ARBEITET BEFIEHLT. Und das in der Universität und in der Fabrik.

Das Modell einer demokratischen Hochschule impliziert, dass alle Geschäfte von einem Universitätsparlament zu genehmigen sind, in dem Studenten, Assistenten und Professoren entsprechend ihrer effektiven Bedeutung im Lern- und Forschungsprozess vertreten sind. Die Verwirklichung der demokratischen Hochschule wird zugleich auch das Ende jener Zustände bedeuten, die im Volk das Bild vom faulen Studenten hervorgerufen haben, der einige Jahre umhersauft und singt, bis er eine Vorgesetztenrolle in der Gesellschaft einnimmt. Dieses harte und sicher ungerechte Urteil des Volkes über "seine Universität" liegt begründet weniger im hierarchischen, autoritären Aufbau unserer Hochschulen, sondern vor allem in der Klassenstruktur unserer Gesellschaft, die - gesamtschweizerisch gerechnet - ganze 6 % der Studentenschaft aus der Arbeiterklasse rekrutiert. An den Zürcher Hochschulen sind es sogar nur 2,9 %.

Solange diese Klassenstruktur nicht abgebaut wird, solange die Hochschule, die Wissenschaft und deren praktisch-gesellschaftliche Verwertung in undemokratischer Weise verwaltet wird, solange wird die FSZ mit den Mitteln der ausserparlamentarischen Opposition dafür kämpfen. Wir waren eine kleine radikale Minderheit, wir sind es spätestens seit dem letzten Fackelzug nicht mehr, als 600-800 Studenten unseren Parolen gefolgt sind. Wir wollen eine grosse radikale Mehrheit werden. Wir sind uns voll bewusst, dass unsere "spezifisch studentischen Probleme" nicht gelöst werden können, solange die Gesellschaft, welche die Universität kontrolliert, selber undemokratisch bleibt. (Wir wiederholen: undemokratisch bleibt sie solange, bis das Parlament und der Parlamentarismus ihre Existenzberechtigung nicht mehr aus abstrakten juristischen "Regeln" ableiten, sondern aus der Präsenz derjenigen, die arbeiten, sei es in Betrieben, Schulen oder Universitäten.) Unsere "spezifisch studentischen Probleme" gibt es eigentlich gar nicht, denn es handelt sich in letzter Konsequenz um Probleme, welche die gesamte Gesellschaft betreffen. Das ist der Grund, warum wir von Anfang an den Dialog mit den Werktätigen gesucht und aufgenommen haben. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Arbeitenden und ihre Organisationen in uns Mitarbeiter auf dem revolutionären Weg zu einer radikal-demokratischen und sozialistischen Gesellschaft erkennen. Das ist auch der Grund, warum wir uns - wie heute - auf internationaler Ebene solidarisieren. Die Entwicklungen in allen Ländern der Welt beeinflussen sich gegenseitig mehr oder weniger. So kann uns der Kampf der spanischen Studenten gegen das Franco-Regime nicht gleichgültig sein. Deshalb unterstützen wir den Kampf des vietnamesischen Volkes, soweit wir das mit unseren beschränkten Mitteln tun können. Ebenso solidarisieren wir uns mit dem Kampf der polnischen Studenten und des tschechoslovakischen Volkes gegen die stalinistische Bürokratie. Aus diesem Grunde befinden wir uns heute im Hof der ETH, wo wir den französischen Arbeitern und Studenten unsere uneingeschränkte Solidarität aussprechen.

Der besondere Anlass dieser Versammlung ist aber die Anwesenheit eines offiziellen Vertreters der Union Nationale des Etudiants de France, d.h. des offiziellen Dachverbandes der französischen Studenten. Wie Raymond Boissier es schon in Lausanne getan hat, soll er nun auch in Zürich über die Lage in Frankreich, über den Kampf der arbeitenden Bevölkerung berichten.

Da uns dieser Besuch erst am Donnerstag Abend bekannt wurde, konnten wir erst gestern bei der Polizei um eine Redebewilligung ersuchen. Mit der Begründung, das Gesuch sei zu spät eingereicht worden, untersagte die Polizei mündlich - nicht schriftlich - die Redebewilligung, obschon Raymond Boissier in Lausanne ungehindert

sprechen durfte.

Ein Hörsaal in der ETH wurde uns bis jetzt noch nicht bewilligt.

Wir müssen uns vergegenwärtigen, was das bedeutet: Darüber, wer in Zürich zu reden hat und wer nicht, entscheidet nicht - wie das zu erwarten wäre - das Volk, sondern eine kleine radikale Minderheit, d.h. die Polizei.

Darüber, wo gesprochen werden soll und wo nicht, sollen weder die Veranstalter noch die Zuhörer entscheiden oder mitbestimmen, sondern wiederum eine kleine radikale Minderheit, d.h. die Hochschulbürokratie.

Allgemein zeigt dieses kleine Beispiel, dem sich unbeschränkt viele andere kleine Beispiele anschliessen lassen, z.B. das Aula-Verbot in der Universität, dass auch bei uns in Zürich Wenige über die Interessen von Vielen entscheiden.

Wir vertreten dagegen die Ansicht, dass die jeweils Betroffenen, d.h. in diesem Falle Sie, meine Damen und Herrn, über ihre Interessen entscheiden sollen. Entscheidung setzt aber ein Wissen über das, worüber man entscheidet, voraus, sonst bleibt sie blind. Bevor wir also darüber abstimmen, ob Raymond Boissier sprechen soll oder nicht, und bevor wir darüber abstimmen, ob uns ein ETH-Hörsaal zusteht oder nicht, müssen wir zuerst alle Aspekte dieser Entscheidungen kennenlernen. Deshalb wollen wir uns nun hinsetzen und über das Verbot diskutieren.